



48431 Rheine, 13. April 2011

Kugeltimpen 7

Tel.: (0 59 71) 1 27 39

URL: www.gruene-rheine.de

E-Mail: Reiske@gruene-rheine.de

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2011 der Stadt Rheine
Ratssitzung am 12.04. 2011

Sehr verehrte Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder,
Sehr geehrter Kämmerer Herr Lütkemeier,
Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

„ Die Dinge sind nicht, wie sie sind. Sie sind, wie wir sind“.

Mit diesen Worten weist uns der Talmud auf etwas Unbequemes hin: auf unsere Verantwortung. Und er mahnt uns zugleich, nicht den Verhältnissen die Schuld zu geben. Denn wir sind es, die diese Verhältnisse schaffen. Oder, liebe Kolleginnen und Kollegen der Schwarz-Gelben Mehrheit, wollen Sie abstreiten, dass dieses Ihr Haushalt ist? Es ist Ihr, aber es ist nicht unser Haushalt. Es ist ein Haushalt, der zwar Vielem nachkommt, aber Eines nicht umsetzt: Dieser Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Haushalt zu geben, der geprägt ist von Sparsamkeit und Nachhaltigkeit.

Statt dieser Notwendigkeit zu entsprechen, sind Sie immer noch dabei, den Verhältnissen die Schuld zu geben.

Es liegt am Bund (Die Soziallasten drücken) oder am Land (Das GFG ist Schuld), dass uns nun die Haushaltssicherung droht. Beides ist natürlich ein Stück weit wahr. Deshalb haben wir auch die Resolutionen mitgetragen, die der Rat in Richtung Bund und Land verabschiedet hat.

Und es ist sicher auch richtig, auf den Kreis zu schimpfen, der die Einsparungen bei der Landschaftsumlage nicht an uns weitergibt. An dieser Stelle bleiben Sie aber stehen.

Sie begnügen sich mit Protestnoten, versinken im Lamento und legen die Hände in den Schoß, statt tatkräftig zu gestalten. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen: Was haben Sie getan, um Ihrer Verantwortung für diese Stadt gerecht zu werden? Was haben Sie dafür getan, um hier und heute einen Haushalt zu verabschieden, der zumindest den Einstieg in eine sparsame Haushaltsführung markiert?

Wir alle haben uns durch unseren Beschluss von 5. Oktober 2010 dazu verpflichtet, innerhalb der nächsten 5 Jahre 10 Millionen € strukturell einzusparen. Sie haben diesen von der Verwaltung initiierten Beschluss zwar mitgetragen, aber Sie leben ihn nicht.

Vor nicht einmal einer Woche wollten Sie für die Fürstenbergschule 150.000 € zusätzlich ausgeben. Und das, obwohl der Schulentwicklungsplan nicht vorliegt und Sie konzeptionell noch nicht einmal im Ansatz über die Möglichkeit zur Bildung einer Gemeinschaftsschule nachgedacht haben. Sie waren dann völlig schockiert, dass mit diesem Geld die Latte gerissen wird, die in die Haushaltssicherung führt. Sie schoben der Verwaltung den „Schwarzen Peter“ zu. Dabei hatte Herr Lütkemeier die Fraktionssprecher am 8. März und den gesamten Haupt- und Finanzausschuss am 15. März über das aktuelle Defizit von mehr als 14 Millionen € informiert. Vor diesem Hintergrund vermutet der Kämmerer zurecht bei einigen von Ihnen „Wahrnehmungsstörungen“.

Wofür stehen Sie? Und was bildet dieser Haushaltsplan ab?

- 1.** Sie stehen, wie wir, für eine Steuererhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuern. Wir müssen die Steuern erhöhen. Dieses bringt 2 Mio € zusätzlich für unseren Haushalt. Aber durch Ihre Weigerung, sehr geehrte Damen und Herren der CDU, diesen Beschluss bereits im Dezember zu fassen, sind der Stadt wieder Kosten in Höhe von mehr als 20.000 € entstanden, da nun noch zu korrigierende Steuerbescheide versandt werden müssen. Dieses Verhalten zum Schaden der Stadt wird nur noch übertroffen durch die FDP, die sich auch hier in Rheine endgültig ins Steuersenkungsnirwana verabschiedet hat.
- 2.** Sie als Schwarz-Gelbe Mehrheit stehen für Mindereinnahmen in Höhe von 70.000 € bei der Hundesteuer. Wären Sie mit uns und der SPD dem Verwaltungsvorschlag gefolgt, wäre der Ertrag der Stadt um 70.000 € höher.
- 3.** CDU und FDP stehen für Mehrausgaben von 966.000 € in 2011 und 2012 durch Ihren Beschluss, das Berufskolleg nicht an den Kreis zu verkaufen. Lässt es Sie eigentlich völlig unbeeindruckt, dass auch der Prüfer der GPA diesen Beschluss als schwer verstehbar bezeichnet?
- 4.** Sie, insbesondere aber Ratsherr Niehues, stehen für eine Politik in Bentlage, die über Monate alle dort aktiven Menschen, uns in der Politik und viele Menschen in der Verwaltung beschäftigt hat. Sie wollten die Arbeit in Bentlage nach Ihrem Gusto neu gestalten und umdrehen. Es wurden völlig unnötig Kraft und immens viel Energie gebunden, ganz zu schweigen davon, dass schließlich zur Wahrung Ihres Gesichtes für einen moderierten Prozess noch rund 20.000 € aufgewandt werden

mussten. Gelungen ist Ihnen vor allem eine Verpöhlung all der Menschen, die sich in und für Bentlage engagieren. Und was die Umdrehung betrifft. Die haben Sie tatsächlich geschafft. Und zwar mit einer ganzen Pirouette um 360 Grad. Das werden wir ja gleich noch bei einem folgenden Tagesordnungspunkt zur Kenntnis nehmen.

5. Wieder sind Sie es, Herr Niehues, und wieder im Namen von CDU und FDP, der für Mehrausgaben von über 50.000 € zur Erstellung eines Marketingkonzepts die Verantwortung trägt. Seit Monaten beschäftigen sich EWG, der Verkehrsverein, die Verwaltung und auch die Politik mit diesem Thema. Gestartet haben Sie das Ganze mit nur einem Ziel: Ihre EWG noch weiter aufzublasen. Das Ergebnis auch dieses Prozesses steht noch aus. Die 50.000 € aber sind weg.

6. Sie stehen weiter für Mehraufwendungen für das Elternbegleitbuch in Höhe von 30.000 €. Eine fachlich höchst umstrittene Maßnahme. Wir wollen nicht, dass Familien in Rheine unter den Generalverdacht der Kindesvernachlässigung gestellt werden und im Rahmen eines „Freundlich kontrollierenden Hausbesuchs“ durch die Familienbildungsstätte unter Beobachtung gestellt werden. Wir wollen hier einen verstärkten Einsatz von Familienhebammen, die mit den Familien wertschätzend arbeiten.

Das neue Bundeskinderschutzgesetz gibt uns Recht. Die Regierung stellt hierfür erstmalig in 2012 dreißig Millionen Euro zur Verfügung.

Insgesamt haben Sie für den Haushalt Mehrkosten in Höhe von 600.000 € und 70.000 € Mindererträge für diese Stadt zu verantworten. Das macht zusammen mehr als 670.000 €.

Womit auch schon das Grundproblem der Ratmehrheit beschrieben ist. Bei Ihnen gibt es erkennbar keine Kultur des Sparens.

Ich komme jetzt zu den Einsparvorschlägen, die durch uns eingebracht, von Ihnen aber abgelehnt wurden. Vorschläge, die wir gemacht haben aus der Erkenntnis heraus, dass es kein „Weiter so“ geben darf. Dass wir uns unserer Verantwortung stellen und die Finanzen der Stadt solide gestalten müssen. Wir wollen eine Kultur des Sparens.

1. Wir haben vorgeschlagen, die städtischen Mittel für Safe&Co in Höhe von 120.000€ einzusparen. Sparen bedeutet auch, sich von eingerichteten Standards zu verabschieden. Wir wollen auf diesen Standard verzichten.
2. Weiter haben wir vorgeschlagen, die Transferaufwendungen für die EWG um rund 140.000 € auf 750.000 € zu kürzen. Auch hier geht es um die Senkung von Standards. Wir verzichten gerne auf die Vielzahl von Befragungen durch die EWG. Brauchen wir wirklich ein stadteigenes Meinungsforschungsinstitut? In der Verwaltung wurde in den vergangenen Jahren Personal abgebaut. In der EWG wurde Personal aufgestockt. Glauben Sie doch nicht,

dass der Mittelstand in Rheine die EWG so positiv bewertet wie Sie! Etliche Mittelständler bestärken uns. Wir hören: „ Es ist richtig, was ihr da macht. Der Laden muss auf ein gesundes Maß schrumpfen.“ Der bei Ihnen und durch Sie frustrierte Herr Fays, der ja immerhin Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung war, ist keine Einzelstimme. Natürlich schleppt die EWG auch Kosten und Aufwendungen wie die des GVZ und die Zinslasten für das Grundstück in Bentlage mit sich, die bald die Schwelle von 300.000 € erreichen und dessen Kauf – das sei hier noch einmal angemerkt – wir GRÜNE als einzige politische Kraft im Rat nicht mitgetragen haben.

Notwendig ist eine Debatte über die Ziele der EWG. Und diese Debatte ist nicht hinter den verschlossenen Türen des Aufsichtsrates der EWG zu führen, sondern hier in der Öffentlichkeit des Rates der Stadt Rheine. Wir streben diese Zieldiskussion an und werden dazu den begonnenen Dialog mit der EWG weiterführen. Der Cluster Windenergie und das Ziel, Rheine im Dienstleistungssektor „Gesundheit“ weiter zu entwickeln, sind für uns GRÜNE Schritte in die richtige Richtung.

3. Wir haben vorgeschlagen im Jugendamt durch eine optimierte Steuerung im Bereich der „Hilfen zur Erziehung“ 200.000 € einzusparen. Das war vor dem Bericht der GPA. Die GPA geht hier noch von wesentlich höheren Einspareffekten aus. Sie haben die Reduzierung abgelehnt. Die Diskussion steht trotzdem an.
4. Abgelehnt haben Sie auch eine Kürzung der Betriebskosten für das Kloster Bentlage in Höhe von 50.000 €. Auch hier wollen wir über Standards reden. Daneben ist eine Umstellung des Energiekonzepts in Richtung Erneuerbare Energien nötig.

Das macht zusammen 510.000 € aus. Immerhin eine halbe Millionen Euro, die einen Einstieg in eine sparsame Haushaltsführung hätte markieren können. Sie waren dagegen. In der letzten Sitzung des Schulausschusses konnten Sie die Erfahrung machen, wie dünn das Eis ist, auf dem wir stehen. Sie hätten uns beinahe in die Haushaltssicherung geschickt, denn in 2012 wird die Latte voraussichtlich ohnehin gerissen. Sind wir erst in der Haushaltssicherung, entscheiden andere nach festen Regeln. Ist es das, was Sie anstreben?

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Die Haushaltslage unserer Stadt zwingt uns zum Sparen. Wer in der Politik meint, eine Stadt nur in guten Zeiten mit dickem Finanzpolster steuern zu können, ist hier fehl am Platz. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen in dieser Stadt auch in schwierigen Zeiten zu zeigen, dass wir die Stadt steuern können.

Wir als GRÜNE wollen noch darüber hinaus gehen. Wir wollen in den kommenden 5 Jahren strukturell so viel einsparen, dass wir Geld freisetzen zum Beispiel für ein kommunales Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung.

Hieran arbeiten wir seit einigen Wochen und bedürfen hier nicht des Hinweises eines lokalen Redakteurs in seiner Samstagskolumne.

Der Haushalt 2011 ist ein Haushalt des „Weiter so“. Sie haben uns im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2011 gezeigt, dass Sie weit entfernt sind von der so dringend notwendigen „Kultur des Sparens“.

Die Gestaltungsmöglichkeiten, die Ihnen die Bürger mit ihrer Mehrheit gegeben haben, wurde durch Sie nicht genutzt. Deshalb lehnen B 90 / DIE GRÜNEN den Haushalt ab.

Einen ausdrücklichen Dank richten wir an dieser Stelle an die Bürgermeisterin, an Herr Lütkemeier und die gesamte Verwaltung. Sie haben immer wieder auf die Notwendigkeit der Konsolidierung des Haushalts hingewiesen. Sie hatten und haben einen wachen Blick auf die Ertragsseite der Stadt – Stichwort: Erhöhung der Steuern – und auf die Aufwandsseite. Es ist nicht Ihnen zuzuschreiben, wenn der Stadt die Haushaltssicherung droht. Dieses hat einzig und allein die Ratsmehrheit von Schwarz / Gelb zu verantworten.

Wir hoffen auf einen Sparhaushalt 2012. Wir sollten die Einsparvorschläge der GPA diskutieren und möglichst umsetzen. Bestehende Verträge in den unterschiedlichsten Bereichen sind zu kündigen und auf das Interesse der Stadt hin zu überprüfen. Wir erwarten auch Beiträge zur Konsolidierung durch die Kirchen und der freien Verbände. Wir als GRÜNE sind bereit, auch unbequeme Beschlüsse zu fassen. Das bedeutet auch, dass wir gewachsene Strukturen verändern müssen. Wobei diese Strukturen ja nicht einfach so gewachsen sind. Sie sind gemacht worden: Durch den Rat, durch die Verwaltung. Wir wollen nicht in die Haushaltssicherung gehen. Wir wollen die Handlungsfähigkeit des Rates sichern und erhalten.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat unseres Bundespräsidenten Christian Wulff. Herr Wulff sagte am 28. Februar in Katar: „Wer sich nicht verändert, wird verändert.“ Dem haben wir nichts mehr hinzuzufügen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Reiske